

Kurzschriftlicher Bericht

35. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 1. Februar 2007

Inhalt:

Angelobung eines neuen Mitglieds des Oö. Landtags (Seite 3)

Fragestunde:

L-8139/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mag. Steinkellner an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 4)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 5)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 1089/2007: Initiativantrag betreffend Zählregel in Omnibussen.

Redner/in: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 6)
Abg. Kapeller (Seite 6)
Abg. Jachs (Seite 7)
Abg. Hirz (Seite 7)

Beilage 1090/2007: Initiativantrag betreffend Wiederherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Post-Briefkästen in Oberösterreich.

Redner: Abg. Pilsner (Seite 8)
Abg. Ecker (Seite 9)
Abg. Trübswasser (Seite 9)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 11)

Beilage 1091/2007: Initiativantrag betreffend eine Studie zur Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in Schule und Freizeit.

Redner/in: Abg. Dr. Frais (Seite 11)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 12)
Abg. Schwarz (Seite 13)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 15)

Beilage 1092/2007: Initiativantrag betreffend ein FacharbeiterInnen-Sonderprogramm.

Redner/innen: Abg. Mag. Jahn (Seite 16)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 17)
Abg. Lackner-Strauss (Seite 18)
Abg. Schwarz (Seite 19)

Ersatzwahlen in die Ausschüsse (Seite 20)

Ersatzwahlen in den Bundesrat (Seite 21)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 1083/2007: Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend die Informations-Kampagne zum Thema "Lokale Agenda 21".

Berichterstatter: Abg. Steinkogler (Seite 22)

Redner/innen: Abg. Steinkogler (Seite 22)
Abg. Schwarz (Seite 23)
Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 24)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 25)
Landesrat Anschober (Seite 25)

Beilage 1089/2007: Initiativantrag betreffend Zählregel in Omnibussen.

Berichterstatter: Abg. Dr. Brunmair (Seite 28)

Beilage 1090/2007: Initiativantrag betreffend Wiederherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Post-Briefkästen in Oberösterreich.

Berichterstatter: Abg. Pilsner (Seite 28)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschober, Dr. Kepplinger, Sigl und Dr. Stockinger
entschuldigt Landeshauptmann Dr. Pühringer und Landesrätin Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Ing. Aspöck und Abg. Moser

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Dr. Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 35. Sitzung des Oberösterreichischen Landtages in dieser Legislaturperiode. Ich eröffne damit die Sitzung und darf die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, die Damen und Herren Abgeordneten, die Bediensteten des Hauses, die Damen und Herren auf der Zuhörergalerie und die Vertreter der Medien dazu sehr herzlich willkommen heißen. Der Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, die Frau Landesrätin Dr. Silvia Stöger, die Frau Abgeordnete Moser und der Herr Abgeordnete Ing. Aspöck sind von der heutigen Sitzung entschuldigt. Die amtliche Niederschrift über die 34. Sitzung des Landtages liegt in der Zeit vom 2. bis 16. Februar in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf und die Mitglieder des hohen Hauses finden ein Protokoll über die 33. Sitzung auf Ihren Plätzen vor.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit einer Angelobung eines neuen Mitgliedes des Oberösterreichischen Landtages. Vom Landtagsabgeordneten Reinhard Winterauer ist mir folgendes Schreiben zugegangen, das ich den Damen und Herren des hohen Hauses zur Kenntnis bringe: "Mit Ablauf des 31.1.2007 verzichte ich auf mein Mandat als Mitglied des Oberösterreichischen Landtages. Reinhard Winterauer." Zu dieser Verzichtserklärung stelle ich fest, dass sie mit Ablauf des 31. Jänner 2007 wirksam geworden ist. Herr Reinhard Winterauer war seit 2003 Mitglied des Landtages und war im Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten, im Finanzausschuss, im Ausschuss für Frauenangelegenheiten, sowie im Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss als Mitglied tätig. Er wird heute in einer anderen Funktion zur Wahl noch vorgeschlagen.

Aufgrund der vorhin verlesenen Verzichtserklärung wurde Herr Ewald Lindinger in den Landtag berufen. Ewald Lindinger war ja bereits vom 12. Juni 1997 bis 23. Oktober 2003 Landtagsabgeordneter. Er ist im Hause anwesend. Ich begrüße Sie recht herzlich als neues Mitglied des Landtages und nehme gemäß den Bestimmungen unserer Landtagsgeschäftsordnung Ihre Angelobung vor. Ich bitte die Damen und Herren sich von den Sitzen zu erheben. (Alle Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.) Herr Ewald Lindinger, ich ersuche Sie im Sinne des Landesverfassungsgesetzes und der Landtagswahlordnung das Gelöbnis als Mitglied des Landtages in der Form zu sprechen, dass Sie nach der Angelobungsformel die Worte "ich gelobe" sprechen. Die Angelobungsformel lautet: "Ich gelobe unverbrüchliche Treue dem Land Oberösterreich und der demokratischen Republik Österreich sowie die stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten."

Abg. **Lindinger:** Ich gelobe.

Erste Präsidentin: Ich danke Ihnen für dieses Gelöbnis und wünsche Ihnen alles Gute, gute Zusammenarbeit. (Beifall) Ich teile Ihnen mit, meine Damen und Herren, dass mir vom Klub der Grünen folgendes Schreiben zugegangen ist. Die Grünen im Oberösterreichischen Landtag möchten gemäß Paragraf 3 Absatz 2 der Landtagsgeschäftsordnung folgende Änderung mit 1.2.2007 betreffend den Klubobmann und die Klubobmann-Stellvertretung bekannt geben. Klubobmann ist Herr Landtagsabgeordneter Gottfried Hirz anstelle von Landtagsabgeordneten Gunther Trübswasser, Klubobmann Stellvertreterin ist Landtagsabgeordnete Ulrike Schwarz anstelle von Landtagsabgeordneten Gottfried Hirz. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit sehr herzlich beim scheidenden Klubobmann, Herrn Gunther Trübswasser, für seine Tätigkeit als Klubobmann, die er seit dem Jahr 2003 im hohen Haus und in der Obmännerkonferenz und für die Fraktion der Grünen ausgeführt hat, sehr herzlich bedanken, bedanke mich für die gute Zusammenarbeit, für die freundschaftlichen Begegnungen. Ich bedanke mich für die vielen Entscheidungen, die wir im Konsens haben treffen können, weil

sie da mitunter dazu beigetragen haben, ein gutes Klima in der Obmännerkonferenz aufrecht zu erhalten. Dafür möchte ich Ihnen sehr, sehr herzlich danken und alles Gute für ihre nunmehrige Tätigkeit ausschließlich als Landtagsabgeordneter wünschen. Danke vielmals. (Beifall)

Dem neuen Klubobmann der Grünen, Herrn Gottfried Hirz, möchte ich sehr herzlich zu seiner Wahl gratulieren, ihn ebenfalls darum bitten so wie sein Vorgänger in der Obmännerkonferenz und hier im Landtag das Beste zu geben, gut zusammenzuarbeiten und ich weiß, weil Sie ja schon stellvertretender Klubobmann gewesen sind, dass ich mich auch darauf verlassen kann. Ich wünsche Ihnen und Frau Ulrike Schwarz als stellvertretende Klubobfrau für Ihre Tätigkeit alles Gute. (Beifall)

Wir kommen nun zur Fragestunde, die heute etwas verkürzt ist, weil durch die Krankheit der Frau Abgeordneten Moser und des Herrn Ing. Aspöck diese beiden Anfragen nicht aufgerufen werden. Die Anfragen, die die beiden genannten Abgeordneten gestellt haben, werden schriftlich beantwortet. In Vertretung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer wird Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl die Anfrage des Herrn Klubobmannes Mag. Günther Steinkellner beantworten. Ich bitte Sie um Ihre Fragestellung!

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Im Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode haben SPÖ und ÖVP vereinbart, dass bestimmte gemeinnützige unentgeltliche Tätigkeiten im Ausmaß von 60 Stunden im Semester zukünftig eine Refundierung der Studienbeiträge bewirken. Hierbei wird unter anderem an Betreuungs- und Unterstützungsleistungen im Rahmen des Schulwesens gedacht. Inwieweit eignet sich die räumliche Situation an oberösterreichischen Schulen zur Umsetzung dieser Möglichkeit, die Studiengebühren durch Betreuungs- und Unterstützungsleistungen "abarbeiten" zu können?

Erste Präsidentin: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Ich beantworte die Frage im Auftrag des Herrn Landeshauptmannes. Ich muss aber dazu sagen, dass diese Vereinbarung vor drei Wochen beschlossen wurde, vor drei Wochen wurde die neue Bundesregierung angelobt. Es sind noch keine gesetzlichen Grundlagen gegeben und es ist am heutigen Tage auch noch nicht möglich, diese Frage ordentlich zu beantworten.

Abg. Mag. Steinkellner: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, es geht ja um den grundsätzlichen politischen Willen auch vorbildgebend, beispielwirkend entsprechende gemeinnützige Arbeit zu leisten. Der Herr Bundeskanzler hat angekündigt, dass er in Wiener Schulen Nachhilfe geben möchte. Werden Sie diesem Beispiel des Herrn Bundeskanzlers als Landeshauptmann-Stellvertreter in Oberösterreich nachfolgen und auch in Ihren Fachbereichen Nachhilfe an Schulen anbieten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Herr Klubobmann, ich kenne natürlich keine Pflichtschule, wo das Pflichtfach Straßenbau unterrichtet wird. Daher tue ich mich sehr, sehr schwer. Aber um zum Ernst zurückzukommen, ich habe es ernsthaft nicht in Erwägung gezogen.

Abg. Mag. Steinkellner: Die grün-alternative Jugend bringt sich auch mit einem Vorschlag ein: Insbesondere fordert die grün-alternative Jugend die Österreichische Bundesregierung auf, Berufsdemonstrant/innen von den Studiengebühren zu befreien, da Berufsdemonst-

rant/innen eine besonders gemeinnützige Arbeit leisten. Werden Sie im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten jedenfalls unterbinden, dass Berufsdemonstrationszeit als gemeinnützige Arbeit zählt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Da ist in meinem Aufgabebereich hier nichts zu regeln. Ich erlebe zur Zeit keine Berufsdemonstranten und daher kann ich auch diese Frage leider nicht zufrieden stellend beantworten.

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich. Gibt es dazu weitere Zusatzfragen. Das ist nicht der Fall. Danke für die Beantwortung. Die Fragestunde ist geschlossen. Ich bitte den Herrn Schriftführer den Eingang bekannt zu geben. Herr Abgeordneter Bernhofer bitte!

Abg. **Bernhofer**: Ja, ich darf Ihnen die Beilagen des heutigen Einganges zur Kenntnis bringen. Es geht hier zum Ersten um die Beilage 1084/2007, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau. Diese Beilage wird dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Des Weiteren um die Beilage 1085/2007, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Zusatzvereinbarung über die Finanzierung der Fremdkapitalkosten anlässlich der Errichtung und des Betriebes der verlängerten Straßenbahnlinie 3 auf das Harter Plateau. Sie wird dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1086/2007, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landarbeitsordnung 1989, das Oö. Landarbeiterkammergesetz 1996 und das Oö. Antidiskriminierungsgesetz geändert werden, wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1087/2007, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz über die Einforstungsrechte in Oberösterreich wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1089/2007, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Zählregel in Omnibussen soll gemäß Paragraf 26 Absatz 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Ebenso soll die Beilage 1090/2007, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtages betreffend Wiederherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Postbriefkästen in Oberösterreich keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Auch die Beilage 1091/2007, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend eine Studie zur Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in Schule und Freizeit soll gemäß Paragraf 26 Absatz 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden und auch die Beilage 1092/2007, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein FacharbeiterInnen-Sonderprogramm soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich beim Schriftführer für die Verlesung des Einganges. Alle Beilagen finden Sie auf Ihren Plätzen vor. Wir behandeln die Dringlichkeiten, beginnen mit der Beilage 1089/2007. Es handelt sich hier bei dieser Beilage um den Initiativantrag

betreffend die Zählregel in Omnibussen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Antrag 1089/2007 sieht die Dringlichkeit vor, dass die Zählregel in Omnibussen betreffend die Beförderung von Kindern endlich geändert wird. Ich erlaube mir, zu dieser Thematik, die Gott sei Dank jetzt einstimmig von allen Fraktionen mitgetragen wurde und als Resolution an den Bund beschlossen werden soll, insofern mich kurz zu fassen, als dass ich vom Kuratorium für Verkehrssicherheit, Herrn Dr. Thann zitiere: "Auch wenn im ersten Halbjahr 2006 keine größeren Unfälle passiert sind und es "nur 9 Verletzte" im Schulbus gegeben hat, muss die 1:1 Regelung in Schulbussen vollständig umgesetzt werden. Die am 1. Jänner 2006 in Kraft getretene Novelle des Kraftfahrzeuggesetzes sieht nur im Bedarfsfall, zum Beispiel bei Ausflügen oder Schikursen, für jedes Kind einen eigenen Sitzplatz vor. Derartig halbe Sachen tragen sicherlich nicht dazu bei, das Unfallrisiko im Schulbus zu verringern".

Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen. Es ist selbstverständlich, dass unsere Kinder einen optimalen Schutz gerade auch auf dem Schulweg benötigen. Deshalb muss diese Regelung so rasch wie möglich geändert werden, um hier optimale Sicherheit für unsere Kinder zu gewährleisten. Ich bitte um Ihre Zustimmung, und ich hoffe, dass wir mit Nachdruck auch in der Bundesregierung eine Änderung dieser gesetzlichen Bestimmungen erreichen können. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich danke auch. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kapeller.

Abg. Kapeller: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja bereits im Jahr 2005 im Landtag zwei Resolutionen eingebracht, die sich mit demselben Thema beschäftigt haben, und wir haben hier auch im oberösterreichischen Landtag diese beiden Resolutionen einstimmig beschlossen, an die Landesregierung weitergereicht, und an die Bundesregierung weitergeleitet. Es hat dann natürlich auch eine Novelle gegeben, eine Novelle, die im Vorjahr beschlossen wurde und die mit Jänner Gültigkeit hat. Diese Novelle hat dahingehend eine Verbesserung gebracht, dass die von mir angesprochene Zählregel, die auch vom Herrn Klubobmann Steinkellner jetzt neu im Antrag eingebracht worden ist, nur noch für den Transport der Kinder von und zu einer Schule oder zu einem Kindergarten angewendet werden darf, und das ist auch uns zu wenig. Und daher werden wir dem heutigen Antrag natürlich auch die dementsprechende Dringlichkeit, und dann auch den Beschluss mittragen und unterstützen.

Für uns ist klar, 3 Kinder, 2 Sitzplätze, das geht aus unserer Sicht nicht, das gehört geändert, hier besteht ein dringender Handlungsbedarf, denn durch das Gedränge und das Geschubse, das ja in den Schulbussen stattfindet, ist natürlich eine sehr große Gefahr gegeben. Und natürlich, wenn die Kinder mit ihren Schultaschen in den Bus einsteigen, jetzt gerade im Winter auch sehr viel Kleidung anhaben, dann ist es notwendig, dass sie auch einen eigenen Sitzplatz haben. Wir fordern daher so wie im Jahr 2005, dass die Pro-Kopf-Zählweise geändert wird, das heißt, dass jedes Schulkind einen eigenen Sitzplatz hat. In vielen Ländern der europäischen Union ist das bereits umgesetzt. Wir wollen, dass die neue Bundesregierung auch in Österreich diese Zählregel ändert.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass wir gerade auch im letzten Unterausschuss, wo wir das oberösterreichische Verkehrskonzept diskutiert haben, eine schriftliche Änderung mit eingebracht haben, wo ebenfalls die Zählregel und die Problematik

der Kinder- und Kindergartentransporte angesprochen worden ist. Beim Transport für Schüler und Kindergartenkinder dürfen keine Sicherheitskompromisse gemacht werden, daher unterstützen wir natürlich selbstverständlich diesen Dringlichkeitsantrag. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Jachs.

Abg. **Jachs:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits von meinen Vorrednern angesprochen, ist es ja nicht die erste Initiative oder die erste Resolution, die wir hier im Landtag an den Bund beschließen zum Thema Schülertransporte. Und ich möchte diese Zahlen nur unterstützen oder bekräftigen, dass von den 74 Schulwegunfällen zwar nur 9 mit Schulbussen passieren, aber trotzdem noch eine andere Zahl aufzeigen, dass von den verunglückten Schülern bei Schulwegunfällen diese Zahl schon wieder bereits anders aussieht, denn da sind schon, wenn man die Schülerzahl nimmt, 40 Prozent betroffen. Das ist doch eine sehr hohe Zahl. Aber es soll nicht von der Zahl abhängig sein, ich glaube, jeder Schüler soll den bestmöglichen Schutz beim Schülertransport erhalten. Und ich möchte noch eine Zahl aufzeigen. Obwohl sich in den letzten Jahrzehnten der Kfz-Anteil im Straßenverkehr verfünffacht hat, haben sich die Zahlen seit dem es die Gurtenpflicht für Kinder oder die Kindersitzpflicht gibt in Autos, haben sich die Unfälle oder die betroffenen Kinder vermindert. Und ich glaube, dass ist eine Zahl, die wir wirklich berücksichtigen sollen, wenn es um Schülertransporte geht. Es ist schon erwähnt worden, durch das, dass nicht jeder einen Sitzplatz hat, gibt es Drängeleien bei den Bushaltestellen, und ich glaube, gerade dort sind wieder kleine Kinder betroffen, die hier die Nachteile haben. Als Eltern sind wir verpflichtet, dass wir unsere Kinder in unseren Autos schützen, und den gleichen Schutz erwarten wir uns bei den Schülertransporten für unsere Kinder. Und deshalb werden wir wiederum dieser Resolution an den Bund zustimmen und hoffen auf bestmögliche Rückmeldung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Hirz.

Abg. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kapeller hat es ja schon gesagt, wir haben bereits zwei Mal im Oberösterreichischen Landtag uns mit dieser Problematik beschäftigt, wir haben zwei Mal klar Stellung bezogen und eine fast wortidentische Resolution an den Bund übermittelt. Die Antworten aus dem Bundeskanzleramt waren im Großen und Ganzen inhaltlich gleich, dass eine Ausweitung der eins zu eins Zählregel auf den gesamten Gelegenheitsverkehr eigentlich von der Finanzierung her nicht möglich ist. Ich halte es sicherlich für interessant, ob sich mit Bildung der neuen Bundesregierung und dem neuen Regierungsprogramm, auf das ich jetzt nicht eingehen möchte, sich hier diese sehr dezidierte ablehnende Antwort gegenüber der Forderung Oberösterreichs ändern wird, und ich bin auch gespannt, ob das Bundeskanzleramt unter Alfred Gusenbauer hier eine andere Position einnehmen wird als unter seinem Vorgänger.

Klar ist, das Thema ist wichtig, wir haben in Oberösterreich fast 145.000 Schüler und Schülerinnen, die täglich transportiert werden, wir haben 700 Schulbusse täglich, davon 300 Omnibusse, und wir haben bei dieser Resolution die Situation, dass der Paragraph 106 Absatz 3 des Kraftfahrzeuggesetzes geändert gehört genau in die Richtung, wie schon Kollege Kapeller erwähnt hat, dass es endlich dazu kommen muss, dass wir einen Sitzplatz für einen Schüler und eine Schülerin zählen. Die derzeitige Regelung ermöglicht ein Überfüllen der Busse, vor allem in den Stoßzeiten am Morgen und bei Schulschluss. Der Vorteil dieser Änderung, dieser Zählregeländerung, wäre erstens einmal, dass bei Omnibusunfällen die Zahl der maximal gefährdeten Kinder verringert werden kann, immerhin waren 2006 60 verunglückte Kinder in Schulbussen. Zweitens, dass in diesen überfüllten Omnibussen natürlich auch die Aufmerksamkeit der Lenker darunter leidet, die sich ja hauptsächlich auf den Verkehr konzentrieren

sollen, und 30 Prozent der Unfälle sind Alleinunfälle der Lenker. Und drittens, weil die oberösterreichischen Elternvereine immer wieder diese Forderung aufgestellt haben. Ich denke, der Handlungsbedarf liegt eindeutig beim Bund, die Fahrausweise, die Fahrkosten werden vom Familienbeihilfenausgleichsfonds bezahlt. Das Kraftfahrzeuggesetz ist ein Bundesgesetz. Wir werden aus grüner Sicht hier inhaltlich zustimmen und auch der Dringlichkeit zustimmen. Ich möchte auch noch dazu sagen, dass es natürlich die Aufgabe von Landeshauptmann Pühringer sein wird, hier entsprechend beim Bund vorstellig zu werden und die Forderung zu übermitteln. Ich möchte aber auch betonen, und da schaue ich ganz speziell natürlich auch Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider an, ich glaube auch, dass es nicht nur die Aufgabe sein wird, dass Landeshauptmann Pühringer beim Bund entsprechend vorstellig wird, sondern ich glaube auch, dass es einen, wie ich meine, mächtigen Ansprechpartner nämlich auch von deiner Stelle aus gibt, nämlich keinen geringeren als den Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Ich hoffe, dass auch du in deiner Funktion hier entsprechend Druck machen wirst, in Richtung Durchsetzung, weil ich glaube, dass es wirklich eine hochnotwendige Maßnahme ist. Und auch für die Sicherheit der Kinder notwendig ist.

Und gestatten Sie mir noch eines jenseits des Antrages. Ich möchte von dieser Stelle aus auch im Namen des grünen Klubs erstens einmal meinem Vorgänger, dem Gunter Trübswasser, ganz herzlich für die Arbeit, für die geleistete Arbeit danken, und auch für die Vorbereitung der Übergabe. Ich möchte mich auch als Klubobmann bemühen, mit allen hier im hohen Haus für Oberösterreich und seine Menschen gut zusammen zu arbeiten. Ich hoffe, dass es mir auch gelingt, und ich hoffe auch, dass es auf Gegenseitigkeit beruhen wird. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede, lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen und bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 1089/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 1090/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend die Wiederherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Postbriefkästen in Oberösterreich, auch dazu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und darf den Herrn Abgeordneten Pilsner als Ersten aufrufen.

Abg. Pilsner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es geht hier um den Initiativantrag, um die Zulassung der Dringlichkeit für die Wiederherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Postbriefkästen in Oberösterreich. Ich möchte mich wirklich von dieser Stelle auch bei allen Fraktionen jetzt schon bedanken für die Unterstützung dieser SPÖ-Initiative. Ich möchte nur eines noch erwähnen, im November letzten Jahres hat es ja eine große Überraschung gegeben, als österreichweit rund 2.800 Postkästen einfach abmontiert wurden, und in Oberösterreich waren es 432 Postkästen. Und vor allem, das Traurige daran war ja, dass es wichtige Postkästen an wichtigen Stellen einfach nicht mehr gegeben hat, ohne dass man die Gemeinden, ohne dass man die Betroffenen auch mit eingebunden hätte. Das ist eine Art und Weise, die sicherlich nicht akzeptabel ist. Und wenn es darum geht, wie unüberlegt und konzeptlos zum Beispiel es war in Linz am Hauptplatz die Postkästen einfach weg zu geben, oder auch in Grieskirchen, aus dem Bezirk Grieskirchen, oder auch aus Eferding, einfach aus wichtigen Standorten nichts daraus macht, und einfach die Postkästen abmontiert.

Wir haben daher diese Initiative gesetzt, ich glaube auch, es ist wichtig, dass man da auch Flanke zeigt in Richtung Aushöhlung des ländlichen Raums, weil auch dieser Bereich ganz

ein wichtiger Schritt ist in eine Richtung, dass wir zu unserer Infrastruktur stehen. Und vor allem, wenn man auch weiß, dass die Post in den ersten drei Quartalen 2006 mit rund 93 Millionen Euro einen Rekordgewinn gemacht hat, also es sind 26,5 Prozent Rekordgewinn. Also, ich denke mir, hier ist wirklich auch dieses Argument nicht ersichtlich, ich glaube, dass es durchaus hier um den ländlichen Raum und auch um die Unterstützung des ländlichen Raums gehen muss. Ich denke mir, es geht nicht darum, dass man nicht über eine Optimierung reden kann, wenn es Sinn macht, aber es kann nicht so sein, dass diese Verschlechterung zu Lasten der älteren Generation, aber auch der Bürgerinnen und Bürger gehen kann. Ich ersuche daher Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unseren Dringlichkeitsantrag zu unterstützen und danke jetzt schon für die Unterstützung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ecker.

Abg. Ecker: Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir, seitens der ÖVP, werden diese Resolution natürlich auch unterstützen, weil es auch für uns ein Anliegen ist, dass die Briefkästen, die notwendig sind für unsere Bürgerinnen und Bürger speziell im ländlichen Raum, vorhanden sind, dass man auch diesen Postdienst nutzen kann. Im Endeffekt geht es darum, dass hier im ländlichen Raum wirklich die Serviceleistung der Post auch weiterhin stattfindet, und dass hier auch die Menschen, die teilweise auch irgendwo in abgelegenen Orten liegen und mehr als tausend Meter zur nächsten Postdienststelle haben, auch wirklich dieses Angebot in Anspruch nehmen können.

Unser Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer hat sich auch schon seit längerer Zeit für diese Briefkästen eingesetzt, und es hat auch in letzter Zeit schon einige neue Standorte von Briefkästen gegeben, zum Beispiel in Lambach, in Vöcklabruck, aber auch in Linz. Und in letzter Zeit wurde auch in Zwettl ein solcher errichtet. Mir ist es wichtig, hier zu betonen, dass die Post an die Gemeinden herantreten soll, dass sie an die Bürgermeister herantreten soll, und dort auch wirklich mit der Gemeinde, mit den Vertretern reden soll, dass hier gemeinsame Lösungen entstehen, dass auch diese Lösungen praktikabel sind, und dass auch die Menschen im ländlichen Raum, aber auch in der Stadt Linz dementsprechend versorgt werden und auch hier dieser Anspruch von Postkästen in den verschiedenen Orten gewährleistet wird. Denn im Endeffekt geht es darum, dass hier keine großen Einsparungen geschehen, sondern dass hier eine Serviceleistung eigentlich verringert wird. Und wir sind eigentlich schon aufgerufen, auch hier, dass wir in solchem Zusammenhang auch immer wieder auf die Infrastruktur im ländlichen Raum hinweisen und diese Infrastruktur erhalten wollen. Und ich glaube, dass ist auch unser Anliegen, unser gemeinsames Anliegen, wo wir immer wieder darauf hinweisen. Und ich hoffe, dass auch weiterhin die Infrastruktur und die Leistungen gemeinsam gewährleistet werden für unsere Bevölkerung und dass dann auch diese Leistung angenommen wird, und daher auch gemeinsam wir dieses Vorzeige-Oberösterreich auch weiterhin wieder bedarfsgerecht, flächendeckend unterstützen, und dass auch diese Versorgung in Zukunft gesichert ist. Daher werden wir auch die Dringlichkeit unterstützen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir werden in der nächsten Zeit wahrscheinlich noch einige andere Resolutionen hier beraten und dann letztlich auch beschließen. Wir haben zwar eine neue Regierung, aber viele ungelöste Probleme sind liegen geblieben. Das heißt, viele Anliegen, die das Land Oberösterreich, die der Oberösterreichische Landtag an die Regierung herangetragen hat, sind immer noch unerledigt. Und dazu zählt auch die Versorgung der Bevölkerung mit einem

reibungslosen Postdienst, und vor allem der Zugang zu diesen Postdiensten. Der Briefkasten ist eine ganz wichtige Einrichtung, wo Menschen ihre Briefe abgeben können, und Kollege Pilsner, ich stimme mit dir natürlich über weite Strecken überein, was die Bedeutung, die Notwendigkeit dieser Kontaktstellen zur Bevölkerung betrifft, ich würde den Schwerpunkt aber weniger auf die prominenten Plätze, wie Hauptplatz, legen, sondern eher dort hingehen, wo die Menschen leben, wo sie wohnen. Wo eventuell mobilitätseingeschränkte Menschen, die Schwierigkeiten haben, weite Strecken zu gehen haben, am Hauptplatz sehe ich das Problem nicht so, weil ums Eck ist auch eine andere Post. Aber trotzdem, Hauptplatz gebe ich dir Recht, für unseren Fremdenverkehr wahrscheinlich wichtig, dort Grußkarten aufzugeben. Aber generell möchte ich sagen, wir sind in einer Situation, wo wir gegen Tendenzen, Liberalisierungstendenzen als Land Oberösterreich sicherlich nur eingeschränkt Maßnahmen ergreifen können. Wir müssen sie dort ergreifen, wo öffentliche Dienstleistungen gefährdet sind, wo es um die Versorgung der Bevölkerung geht und wo es vor allem um gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu diesen öffentlichen Diensten geht.

Und da bin ich bei einem Thema, was wir heuer, wir werden das noch einige Male ansprechen, wir haben heuer das europäische Jahr der Chancengleichheit. Da fühlen sich Frauen angesprochen, da fühlen sich Menschen mit Behinderungen angesprochen, da fühlen sich ältere Menschen angesprochen, aber da fühlen sich dann alle angesprochen, die unterschiedliche Zugänge zu öffentlichen Dienstleistung haben. Und wir werden dieses Thema Chancengleichheit in diesem Jahr sehr ernst nehmen, und wir werden es dort ansprechen, wo keine Chancengleichheit gegeben ist. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Wir werden dem Inhalt auch zustimmen, vor allem deswegen, weil im Antrag auf die Postuniversaldienstverordnung hingewiesen wird, die in einem liberalisierten, in einem offenen Markt genau regelt unter welchen Bedingungen diese Liberalisierung, diese Öffnung stattfinden soll und dort gesichert bleibt, dass diese öffentliche Dienstleistung nicht unter die Räder kommt.

Lassen Sie mich wie mein Kollege und jetzige Klubobmann Gottfried Hirz es getan hat zwei Anmerkungen machen. Einmal möchte ich für die gute Übergabe dieser Funktion danken. Es ist ja auch wichtig für mich nicht nur einen funktionierenden Klub übergeben zu können, sondern auch einen Klub, der in diesem Haus, glaube ich, gut mitwirkt, gut zusammenarbeiten kann mit den anderen Klubs. Ich darf mich bei der Frau Präsidentin bedanken für die sehr zuvorkommende und sorgende Art und Leitung der Klubobmännerkonferenz und darf mich bei den drei anderen Klubobleuten für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Als Zweites möchte ich noch jemandem Dank sagen, das ist der aus dem heutigen Landtag geschiedene Kollege Reinhard Winterauer. Er hat mich durch viele Monate nach Beginn der Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP durch Vorzeigen von Dominosteinen, kleinen Dominosteinen, die er mir dann am Ende der Sitzung geschenkt hat, begleitet. Er hat sie mir geschenkt und wollte mich darauf hinweisen, immer darauf zu achten von den grünen Grundsätzen nicht abzuweichen. Das hat mich sicher sehr unterstützt und ich war ihm damals auch dankbar dafür. Weil ihn in Wien eine ähnliche Aufgabe, eine viel schwierigere Aufgabe, erwartet und weil er in Wien doch mit Leuten zu tun hat, die sehr an jenem Regierungsprogramm gearbeitet haben, das von vielen in diesem Land kritisiert wird und was nicht nur wir als Oppositionspartei kritisiert haben, sondern wo es auch sehr kritische Stimmen in der eigenen Partei gibt, und ich möchte dies zum Anlass nehmen und ihm heute ein vollständiges Spiel Domino, wo er, glaube ich, jeden Stein brauchen wird, um in Wien auf diese wichtige Funktion hinzuweisen, nicht umzufallen, wieder zurückgeben. (Abg. Trübswasser übergibt Abg. Winterauer Dominosteine. Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und wir kommen – nein, Entschuldigung, wir haben noch den Herrn Abgeordneten Dr. Brunmair, dem ich als Nächsten das Wort erteile.

Abg. Dr. Brunmair: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Begründungen für diesen gemeinsamen parteiübergreifenden Antrag wurden bereits dargestellt. Ich möchte vielleicht noch bemerken, es geht tatsächlich hier um Qualitätssicherung für die Bürger, vor allem um Qualitätssicherung im ländlichen Raum. Und ich glaube, nicht so sehr einzelne Standorte, die hier aufgezählt wurden, sind zu diskutieren, sondern einfach die Grundlage, dass halt ein Siebtel der Postkästen, 432 in Oberösterreich, entfernt wurden ohne wirklich das sozusagen abzusprechen oder zu evaluieren oder zu hinterfragen, ob die richtige Wahl getroffen wurde und dass hier die Politik und wir für Oberösterreich, wir, die wir die Politik für Oberösterreich machen, natürlich aufgefordert sind, hier Dinge, die nicht in Ordnung sind und die die Qualität vor allem älterer Menschen, vor allem Menschen mit Behinderungen, diese Qualität wieder herzustellen.

Aber ich möchte vielleicht noch eine Bemerkung anbringen. Es ist viel leichter jemanden, einen Betrieb wie die Post AG, aufzufordern, der Qualität zu Liebe ein bisschen mit Rationalisierung nachzulassen, dass es viel leichter dann ist, wenn dieser Betrieb, eben wie im Antrag ja ausgeführt, im vergangenen Jahr bereits nach drei Quartalen fast 100 Millionen Euro Rekordgewinne erzielt, was wiederum in der Begründung dort zu suchen ist, dass also modernisiert wurde, dass privatwirtschaftlich geführt wird und dass also die offenen marktwirtschaftlichen Bedingungen hier gelten. Das ist richtig so und das ist richtig im Sinne einer Entpolitisierung auch wenn es um Dienstleistung im öffentlichen Interesse geht. Umgekehrt ist es leichter wenn Gewinne da sind, wenn ein Betrieb gut geführt wird, dass man denen auf die Finger klopft und sagt, bitte schön hier geht es ein bisschen zu weit, hier ist die Qualität nicht mehr gesichert und hier steht die Qualität für die Bürger und die Verordnung, das notwendige Angebot vor den Rationalisierungsmaßnahmen, die vielleicht noch das eine oder andere an Gewinn einbringen können. In diesem Sinne haben wir, glaube ich, gute Chancen, hier die Qualität wieder ein Stück zu verbessern und hier nicht sozusagen ein Über-den-Kamm-scheren zuzulassen wie es eben passiert ist. In dem Sinne stimmen wir der Dringlichkeit und auch dem Antrag zu. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke Herr Abgeordneter Brunmair. Jetzt schließe ich die Wechselrede und lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen und bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die die der Dringlichkeit zur Beilage 1090/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Der Schriftführer hat angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 1091/2007 ebenfalls vorschlagen, diese dringlich zu behandeln. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend eine Studie zur Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in Schule und Freizeit. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss notwendig. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Dr. Frais das Wort.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewalt in Schule und Freizeit bei Jugendlichen beschäftigt die Öffentlichkeit seit längerem. Die Erscheinungsbilder sind sehr vielfältig. Denken Sie daran, auch weltweit gesehen in Amerika gibt es Schusswaffen, bei uns geht es bis zu Springmessern. Es geht aber in den Klassenverbänden bis zu Gewalttätigkeiten in den Klassen, es geht bis zu Bedrohungen und es geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir an die Sportplätze und die Er-

scheinungsbilder der Hooligans denken, bis zu jenen Hooligans oder einigen Hooligans, die wir dann auch wiederum in der Neo-Naziszene vorgefunden haben.

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb heute einen Antrag gestellt, um Sie alle mitzunehmen, auch wenn die formale Dringlichkeit heute nicht von Ihnen gegeben wird, aber Sie inhaltlich mitzunehmen, dass wir alle mitsammen, unabhängig welchem parteipolitischen Couleur wir angehören, alle mitsammen hier einen Weg zu finden, um Gewalt in der Jugend zu reduzieren, um die Gewaltpotentiale auf jenes Maß zurückzubringen, wie Menschen miteinander wiederum umgehen können.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, Handlungsbedarf. Und es reicht nicht aus, und ich sage das mit aller Deutlichkeit, mit Hüftschüssen auf solche Gewaltentwicklungen, die von allen Wissenschaftlern anerkannt werden, zu reagieren. Wenn wir wie Professor Friedrich klar erkennen, dass wir von der Stufe der Aggression über die Gewalt hin zur Brutalität eine immer größere Verschärfung kriegen, dass auf der anderen Seite, was die Brutalität betrifft, immer geringere Hemmschwellen entwickelt werden, werden wir uns mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie weit geht die virtuelle Gewalt. Und ich erinnere Sie alle mitsammen daran: Wie haben wir den Irak-Krieg beispielsweise mit den Bomben auf Menschen erlebt? War das nicht bereits gelebte Virtualität? Und auf der anderen Seite: Wo ist die reale Brutalität, die erlebbare? Geht nicht manches davon ineinander über? Ist es oft für Jugendliche gar nicht mehr nachvollziehbar, durch die virtuelle Spielmethoden unter Umständen gar nicht mehr genau zu wissen, wie realer Schmerz wirkt?

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir mit diesem Antrag heute klar positionieren. Es ist notwendig, eine wissenschaftliche Grundlage dafür zu schaffen, die letztlich auch nicht mit bayerischen Studien und ähnlichen Vergleichen ersetzt werden kann. Wir wollen eine interdisziplinäre Studie, mit der man am besten die Universität Linz beauftragen sollte. Da gibt es hervorragende Leute. Ich denke an Professor Bacher, Professor Dyk, es wird auch Professor Tilman, glaube ich, im nächsten Semester da sein. Von solchen Leuten eine solche Studie durchführen zu lassen und diese Studie als Grundlage für eine Landtagsenquete zu nehmen und dann mit Eltern, Lehrern, Experten und so weiter hier eine Diskussion abführen, welche Maßnahmen können wir ergreifen. Es müssen nicht immer gesetzliche Maßnahmen sein, meine Damen und Herren, denn beispielsweise sind Videospiele gewalttätiger Art im Jugendschutzgesetz verboten und trotzdem wissen wir, dass sie angeschaut werden. Hier gilt es einen Weg zu finden, gemeinsam mit den Eltern, mit den Lehrern, mit allen Betroffenen, mit den Jugendlichen, aber vor allem auf einer wissenschaftlichen Grundlage aufbauend. Das ist der Weg, den wir dann gemeinsam für Oberösterreich, vielleicht sogar richtungsweisend für Österreich und Europa, miteinander gehen sollten. Ich lade Sie dazu ein, hier konstruktiv mit uns gemeinsam an diesem Weg zu arbeiten. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Stelzer.

Abg. Mag. Stelzer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Zu diesem Antrag, glaube ich, besteht ja zunächst einmal inhaltlich überhaupt kein Zweifel daran, dass es irgendjemand in diesem Haus gäbe, der nicht daran interessiert wäre, zu ergründen, warum es zu den Phänomenen kommt, die auch mein Vorredner angesprochen hat, und es nicht dabei zu belassen, dass wir uns sozusagen mit Schaudern abwenden, wenn wir wieder über diverse Vorfälle lesen, sondern wirklich der Sache auf den Grund zu gehen. Warum kommt es dazu? Gibt es möglicherweise Lebenssituationen, die dazu beitragen, dass das Gewaltpotential und auch der Ausbruch von Gewalt besonders begünstigt werden? Aber sich

dann auch damit zu beschäftigen, was kann wirksam auch dagegen gemacht werden, und zwar nicht dann erst wenn die Spitze des Eisbergs schon erreicht ist, sondern wirklich auch an der Wurzel?

Wir diskutieren aber, glaube ich, ja heute nicht über den Inhalt dessen, ob wir uns hier einig sind oder nicht, sondern es geht ja um die Frage der Dringlichkeit dieses Antrages, der von der SPÖ gekommen ist. Und da ist es ehrlich gesagt schon ein wenig nett, wenn wir hier eingeladen werden heute hier mitzutun in diesem ja zugegebenermaßen sehr wichtigen Thema. Denn es liegt ja auf der Hand und es ist leicht herausfindbar, dass seit ungefähr Ende des letzten Jahres, November, Dezember, im Zusammenwirken zwischen Landeshauptmann Pühringer und SPÖ-Landesrat Ackerl hier diverse Fachabteilungen bereits auf die Reise geschickt worden sind, daran zu arbeiten, die Sozialabteilung, die Jugendwohlfahrtsabteilung, die Bildungsabteilung, die Jugendabteilung, die arbeiten also bereits daran. Ebenso gibt es im Landesschulrat eine entsprechende Gruppe mit Experten, die sich darum bemüht, was können wir hier tun, welche Grundlagen gibt es und was bauen wir darauf auf. Und nicht zuletzt gibt es auch im Regierungsübereinkommen auf Bundesebene eine interessante Passage, wo es darum geht, sozusagen Interventionsmöglichkeiten in der Schule zu schaffen, wenn Auffälligkeiten entstehen und wie wir auch in der Schule hier vorgehen und wirksame Maßnahmen setzen können. Daher nach dem all dies bereits geschieht und die Einladung sozusagen zu einem Zeitpunkt kommt, wo die Einladenden längst schon dabei sind, die Arbeit zu tun, liegt es, glaube ich, wirklich ganz offensichtlich am Tisch, dass dieser Antrag einfach nicht dringlich sein kann.

Es gibt aber von unserer Seite zwei herzliche Bitten und unsererseits eine Einladung an die SPÖ-Fraktion. Die erste Bitte ist, vielleicht sich vor Stellung eines derartigen Antrages auch intern schlau zu machen was in den eigenen SPÖ-Ressorts läuft. Zum Zweiten gibt es die dringende Bitte, den Einfluss der oberösterreichischen Sozialdemokraten in Wien bei der SPÖ-Bildungsministerin geltend zu machen, dass diese Passage des Regierungsübereinkommens, die in ihrer Verantwortung liegt, möglichst rasch umgesetzt wird. Das würde uns sehr helfen. Und die dritte Einladung ist, dass Sie von der Trittbrettfahrerin, die sie heute sind mit diesem Antrag, zu einer Mitreisenden in einem bereits fahrenden Zug sind. Es ist im Interesse aller, die mit diesem Thema zu tun haben. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. Schwarz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Zuhörerinnen und Zuhörer! Es ist schon viel gesagt worden über den Inhalt des Antrages. Ich kann mich da nur anschließen. Es ist richtig, dass sich Medienberichte über jugendliche Gewaltexzesse häufen, aber nicht nur über jugendliche Gewaltexzesse, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Gewalt ist intensiver, extensiver geworden und öffentlicher geworden, betrifft aber, wie wir aus vielen, vielen Statistiken wissen, nicht nur Jugendliche, sondern auch Frauen und sehr viele Männer und sehr unterschiedliche Schichten aus unserer Bevölkerung.

Richtig ist aber auch, und das muss uns auch bewusst sein, dass wir alle, alle Menschen ein Aggressionspotential in uns haben. Das hat uns Menschen auch das Überleben, das Weiterentwickeln gesichert. Wir brauchen dieses Aggressionspotential, aber die Frage ist, wie gehen wir um damit? Wie leben wir es vor? Wie gehen wir mit Konflikten um? Und es ist für mich schon sehr beunruhigend und nicht nur für mich, sondern für uns alle, dass diese schleichende, alltägliche Gewaltbereitschaft ganz, ganz massiv zunimmt. Hier frage ich mich, was hat das gesamtpolitisch wirklich für Hintergründe? Es ist schon angesprochen worden.

Wir sehen täglich zu ganz frühen Zeiten Gewalt im Fernsehen, ob das die ZIB-Sendungen sind, ob das vorher irgend welche Serien sind, es ist Gewalt oder Konflikte mit Gewalt zu lösen einfach alltäglich geworden.

Wir haben Video, wir haben Internet. Wir kennen alle diese Probleme. Es werden aber auch Gewaltspiele oder gewaltverherrlichende Spiele oft verharmlost. Und es ist ja nicht so schlimm, sie sollen sich doch irgendwie austoben oder werden mit Jugendtorheiten abgetan.

Jugendliche erfahren aber selbst sehr viel Gewalt in der Erziehung, ob das vom Elternhaus ist, ob das von anderen Verwandten ist. Das wissen wir alle, gerade auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft, wie sich hier die Zahlen dramatisch verändern. Ich stimme Klubobmann Frais zu, wir dürfen nicht vom Bauch heraus, wie er es im Radio gesagt hat, oder heute von der Hüfte heraus schießen, aber ich glaube, die Politik ist aufgefordert wesentliche Impulse zu setzen.

Wir haben ein breites Spektrum an bereits wissenschaftlich fundierten Studien, ob von der Frau Professorin Ilse Kögler, die lange Zeit Rektorin auch war, wir haben Studien von Manfred Zehntner, Bernhard Heinzlmair, Petra Kolip, Professor Friedrich ist schon angesprochen worden, Beate Großegger. Wir haben eine breite Fülle an Studien, die genau erforscht haben was sind denn die Ursachen und was sind denn auch die Schutzfaktoren, die Menschen brauchen um eben nicht ihr Aggressionspotential gewaltbereit auszuleben, sondern es für eine Weiterentwicklung zu nutzen. Wir haben sehr viele Ergebnisse schon von Evaluationsberichten aus Präventionsangeboten aus dem ganzen europäischen Raum. Es gibt schon sehr lange Projekte und ich kann mich da noch aus meiner Zeit als Sozialarbeiterin und Jugendarbeiterin erinnern, wir haben schon sehr lange diesen auch sektorübergreifenden Ansatz. Weil viele Ansatzpunkte, viele Schutzfaktoren für Jugendliche, ob das in der Suchtprävention, in der Gewaltprävention oder in den Essstörungen, wie Frauen oder junge Mädchen ihre Gewaltbereitschaft oft ausleben zu sich selbst, gleich sind. Wir kennen, wir wissen auch wie die Programme greifen. Es gibt ja einige Programme auch, die auf Österrikebene schon sehr lange laufen, die auch immer wieder weiterentwickelt werden. Ein sehr umfassendes Programm vom Ministerium, Gewaltprävention in der Schule. Hier gibt es Wissenswertes sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Jugendlichen, aber auch für die Eltern, und ich glaube, da ist auch ein wesentlicher Punkt angesprochen worden im inhaltlichen Antrag, hier auch die Eltern zu unterstützen, hier auch den Eltern Werkzeuge in die Hand zu geben, damit sie früh erkennen, in welchem Potential lebt denn mein eigenes Kind. Was kann ich machen, damit das eben nicht noch größer wird?

Und Oberösterreich, ist schon angesprochen worden vom Kollegen Stelzer, was da schon gearbeitet wird. Es ist in der Kinder- und Jugendanwaltschaft gerade in Vorbereitung diese Interventionsstelle Gewalt für und gegen oder von Jugendlichen. Es gibt ein sehr intensives Angebot für Lehrkräfte und auch Schülerinnen im Bereich PEER-Projekte, um eben hier Konfliktlösungsmodelle selbst zu erarbeiten. Also das ist alles schon sehr wichtig.

Mein Ziel ist es, nicht unbedingt Zeit zu verschwenden und eine spezielle Studie zum Aggressionspotential der oberösterreichischen Jugendlichen zu machen, sondern hier wirklich gemeinsam zu schauen, das was jetzt schon alles da ist in den diversen Abteilungen, bei einer Enquete anzuschauen, zu diskutieren und dann in einer wirklich intensiven Arbeitsphase Maßnahmenbündel umzusetzen. Ich glaube, wir brauchen ein Bündel an Maßnahmen, wir brauchen sehr viele Ansatzpunkte sowohl in Oberösterreich als auch auf Bundesebene. Und hier freue ich mich schon auf die intensive Auseinandersetzung im Landtag, damit wirklich

alle bereit sind, vorweg schon zu erkennen, wo haben wir Strukturen, die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen noch fördern, anstatt hier wirklich präventiv zu wirken.

Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber dem Inhalt voll zustimmen und werden gemeinsam schauen, in der Ausschusssitzung hier zu einer guten Lösung zu kommen, die wirklich sektorübergreifend dann Maßnahmen erarbeitet, die jetzt schon von Landesrat Ackerl und von Landesrat Sigl in die Wege geleitet werden. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde jetzt sehr viel über dringlich oder nicht dringlich diskutiert. Ich möchte es kurz fassen. Es gibt auch eine symbolische Dringlichkeit und für uns ist es symbolisch dringlich, hier mitzugehen mit diesem dringlichen Antrag, weil es notwendig ist, bei diesem Thema Gewaltbereitschaft endlich zu agieren und nicht nur, wenn uns wieder Fälle bekannt werden und wenn wir es in den Medien lesen, zu reagieren. Man muss, wenn wir dieses Thema ernsthaft angehen werden, angehen wollen, dann müssen wir das jetzt angehen mit diesem Antrag und dringlich angehen.

Es muss grundsätzlich diskutiert werden und es wurde jetzt argumentiert, dass es ja bereits sehr viele Studien gibt. Das ist richtig. Aber die Studie muss sich mit der Problematik in unserem Land befassen. Sie muss in einer Enquete münden, wie es ja bereits im Antrag dargestellt oder gefordert wird und was dann herauskommen muss, ist ehest möglich eine politische Willenserklärung des Landes, ein Lobbying für eine gewaltfreie Gesellschaft und ein Maßnahmenpaket, das nicht unbedingt in Gesetzen münden soll, sondern einfach in dem Lobbying für eine gewaltfreie, soziale und demokratische Gesellschaft.

Also, es ist diese Dringlichkeit aus unserer Sicht einfach ein Symbol, dass wir dieses Thema ernst nehmen und dass wir dieses Thema ernst angehen. Die Themenkreise sind uns ja weitgehend bekannt. Wir müssen uns mit der Familie und familiären Situation auseinandersetzen. Wir müssen uns mit Schule als Bildungs-, Erziehungs- und Ausbildungsorgan auseinandersetzen. Wir müssen uns mit dem Medieneinfluss auseinandersetzen. Wir müssen die Drogen- und Suchtproblematik mit einbeziehen in die Gewaltbereitschaft und Enthemmung, die damit verbunden ist, also wenn Drogen und Gewalt sehr häufig miteinander oder beisammen oder in einem Konnex vorkommen. Man muss sich mit der Freizeitgestaltung der Jugendlichen auseinandersetzen, über die Wertigkeit des Sports, des Vereinssports, des Mannschaftssportes, als Ventil, sich abzureagieren und seine Kräfte zu messen und das nicht in roher und brutaler Gewalt ausarten zu lassen.

Es ist notwendig, dass wir das Thema kampagneisieren. Daher werden wir auch der Dringlichkeit zustimmen, inhaltlich sind wir ohnehin d'accord. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen. Wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 1091/2007 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Ich weise daher diese Beilage dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 1092/2007. Das ist ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein FacharbeiterInnen-Sonderprogramm. Auch

hiezuh ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne die Wechselrede und erteile der Frau Abgeordneten Mag. Jahn das Wort.

Abg. Mag. Jahn: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Medien sind in den letzten Wochen voll damit, dass geklagt wird, dass es Fachkräftemangel gibt. Die Wirtschaftsvertreter rufen zunehmend nach Öffnung des Arbeitsmarktes und nach Hereinholen neuer Arbeitskräfte.

Ich sage, wir können nicht akzeptieren, solange nicht Tausende von Arbeitskräften im Inland, und zwar In- und Ausländer im Inland, nicht die Möglichkeit haben, dass sie eine entsprechende Aufqualifizierung machen, können wir nicht akzeptieren, dass zusätzliche ausländische Arbeitskräfte herein geholt werden. Was wir brauchen, ist eine umfassende Strategie zur Fachkräftequalifizierung, die jugendlichen Arbeitslosen und Lehrstellen-Suchenden die Möglichkeit gibt, einen Beruf abzuschließen, eine Aufschulung von Arbeitslosen ermöglicht, zunehmende Aufschulung von Arbeitslosen ermöglicht und auch Berufstätigen, Beschäftigten, die Möglichkeit zur Aufqualifizierung zu Fachkräften gibt. Eine umfassende Strategie, ein Fachkräfteausbildungsprogramm, das gemeinsam auf oberösterreichischer Ebene mit Maßnahmen, die auf Landesebene gesetzt werden können, die sich aber auch als Forderungen an den Bund richten, erarbeitet werden sollen.

Wie dringlich der Antrag ist, denn es liegt ja auf der Hand, dass wir künftig Fachkräfte brauchen werden und sie werden sich erinnern, wie viele Male ich schon hier gestanden bin und davor gewarnt habe, hier zu wenig zu investieren. Das WIFO sagt, wir werden im Jahr 2010 in Oberösterreich 14.000 zusätzliche Fachkräfte brauchen. Wir werden in der EDV 2.000 zusätzliche Fachkräfte brauchen. Aber wie dringlich es ist, hier etwas zu tun, zeigt alleine die Aussage heute wieder des Wirtschaftsministers in der Kronenzeitung, der meint: Naja, dann machen wir halt Pilotprojekte mit Arbeitskräften, die wir aus den neuen EU-Staaten heraus holen oder hereinholen, um sie aufzuqualifizieren.

Meine Damen und Herren! Wir haben in Österreich genügend ausbildungswillige Jugendliche, ausbildungswillige Arbeitslose und auch ausbildungswillige ausländische Arbeitskräfte. Auf die sollte in so einem gemeinsamen Fachkräfteausbildungsprogramm auch besonderes Augenmerk gelegt werden. Es sollen Frauen aufqualifiziert werden, es soll den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, sich aufzuqualifizieren, es soll Männern, die keinen Berufsabschluss haben, diese Möglichkeit gegeben werden und vor allem, ausländischen Arbeitskräften, die ganz gering nur in das österreichische Aus- und Weiterbildungssystem eingebunden sind. Hier geht es insbesondere auch um die zweite Generation, die in die Erstausbildung entsprechend eingebunden gehört.

Wir haben aktuell 6.000 junge Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen und nicht in Schulpungen sind. Von diesen 6.000 sind rund 40 % ohne Berufsabschluss. Ein ganz, ganz großes Potential und wir wissen, dass mehr als 50 % der Lehrabschließer, die eine Lehrausbildung gemacht haben, bereits nach zwei Jahren die Branche wechseln. Zu dem kommt, dass ein ganz großer Teil der gesamten arbeitenden Bevölkerung, in Oberösterreich sind das 22 % der Gesamtbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren, keinen Berufsabschluss haben, keine über die Pflichtschule hinaus gehende Ausbildung.

Aber es gibt gleichzeitig eine sehr hohe Aus- und Weiterbildungsbereitschaft der österreichischen Arbeitskräfte und die, meine Damen und Herren, müssen wir nutzen. Schauen wir, dass es gemeinsam in Oberösterreich eine Initiative für ein umfassendes Fachkräfteausbildungsprogramm gibt. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die mir auf den ersten Blick ein-

fallen. Aber in einer gemeinsamen Initiative des Wirtschaftsressorts mit Sozialpartnern, mit Bildungseinrichtungen kann man ein gutes Ausbildungsprogramm mit entsprechenden Zielen versehen, auf die Beine stellen, um hier für die oberösterreichische Wirtschaft in den nächsten Jahren auch ausreichend Fachkräfte zu haben.

Ich nenne nur ein paar Punkte, die aus meiner Sicht hier hineingehören. Wir brauchen einen Berufsausbildungsfonds nach dem Vorarlberger Vorbild, in den Betriebe einzahlen und jene Betriebe, die nach qualitativen Kriterien ausbilden, hier entsprechende Förderungen bekommen. Es gehört das Regierungsprogramm rasch umgesetzt, wo ja grundsätzlich vereinbart ist, dass es endlich wieder dreijährige Lehrlingsstiftungen geben soll und dass es zusätzliche überbetriebliche Ausbildungen in Lehrwerkstätten geben soll. Es sollten die Mittel für die Weiterbildung Beschäftigter auch für unter 45-jährige unqualifizierte Männer einsetzbar sein. Wir haben ein Wirtschafts-Impuls-Programm des Landes, das Weiterbildung in Betrieben fördert. Diese Mittel könnten hin konzentriert werden auf Fachkräfteausbildung. Genauso wie man die Mittel, die das Wirtschaftsressort des Landes in den Beschäftigungs- und Qualifizierungspakt hinein finanziert, diese Mittel könnte man ebenfalls auf Fachkräftequalifizierung stärker ausrichten.

Es sollten auch die Geldmittel, die das AMS zusätzlich bekommt in den nächsten Jahren, es wurde ja verhandelt, etwa 200 Millionen Euro im Jahr sollen zusätzlich zu den bestehenden Mitteln hinzukommen, diese Mittel gehören ebenfalls konzentriert auf Fachkräfteausbildung. Und wir brauchen im Zielsystem des AMS eine eigene Zielsetzung dafür, dass Fachkräfteausbildung verankert ist. Wenn sie nicht verankert ist im Zielsystem des AMS, wird es weiterhin in erster Linie bei Kurskursen bleiben.

Wir brauchen ein Weiterbildungsstipendium, beispielsweise für Arbeitslose, die eine längere Maßnahme machen, weil sie ansonsten über ein, zwei Jahre mit dem niedrigen Arbeitslosengeld nicht in der Lage sind, auszukommen. Ich könnte noch eine Reihe von Projekten aufzählen.

Ich glaube, man sieht daraus, dass es eine ganze Reihe von zweckmäßigen Ansatzpunkten gibt und es wäre möglich, ein gemeinsames Aus- und Weiterbildungsprogramm für Fachkräfteausbildung aufzustellen. Ich ersuche Sie daher, auch der Dringlichkeit dieses Antrages stattzugeben, denn wir haben alle Hände voll zu tun und so rasch wie möglich. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden diesen Antrag und auch die Dringlichkeit unterstützen, weil natürlich nicht genug in diesen Bereichen getan werden kann. Wobei eines sehr schon sehr erfreulich ist und das ist ja in der Bundesregierung im neuen Programm verankert, dass das oberösterreichische Erfolgsmodell der Ausbildungsverbände, eine freiheitliche Idee, die sich zuerst in Oberösterreich durchgesetzt hat, nun auch im Bund übernommen wurde. Ich erinnere noch einmal, an die 500 Unternehmen arbeiten im Ausbildungsverbund, organisiert über die Wirtschaftskammer zusammen. Und über 3.000 Lehrlinge bekommen damit die Chance, einen Flächenberuf zu erlernen und werden nicht spezialisiert in Nischen hineingedrängt, die den späteren Karriereweg einschränken.

Warum ich aber einen anderen Aspekt einbringen möchte, ist die Studie, die vor einigen Monaten von Landesrat Viktor Sigl über die grundsätzliche Einstellung von jungen Menschen und die Sorgen von jungen Menschen im Rahmen eines Jugendprogramms vorgestellt wur-

de. Was mich dort etwas irritierte war, dass also sehr, sehr viele junge Menschen die Pensionsvorsorge als einen Hauptpunkt ihrer Probleme der Zukunft definiert haben, während gleichzeitig das Ziel der Selbständigkeit, des Erfolges zu haben als selbständiger Unternehmer eigentlich nebensächlich war.

Ich glaube, dass man bei allen Bemühungen einen wesentlichen Faktor etwas unterschätzt: Das ist nämlich die Motivation, Facharbeiter zu werden, aber nicht nur Facharbeiter zu bleiben, sondern die Möglichkeit, die ein Facharbeiter hat, mit der Facharbeiterausbildung nicht anzustehen, sondern sich eigentlich als höchstes Ziel, selbständiger Unternehmer in seinem Fach zu werden, auch vermitteln sollte.

Wenn ich einem jungen Menschen sage, werde Facharbeiter und du verdienst ganz gut, aber das Szenario des Fortkommens längerfristig ist es, dort zu bleiben, schränke ich einfach viele Bereiche ein. Wenn ich aber den Facharbeiter auch als Sprungbrett zur Selbständigkeit, zur persönlichen Wertschöpfung als Unternehmer sehe, glaube ich, dass ich auch hiermit ganz andere Gruppen noch wirklich einbeziehen könnte. Es geht um die Motivation, die Durchlässigkeit des Systems und der Motivation auch in der Gesellschaft, hier eine ehrliche Gleichstellung herbeizuführen: Dass nicht nur jener, der ein Studium abgeschlossen hat, möglicherweise eines, das überhaupt nicht zu verwenden ist in irgendeinem Bereich, sondern nur zur persönlichen Bildung gedient hat, während der andere im Facharbeiterbereich gesellschaftlich nicht die gleiche Akzeptanz hat.

Deshalb unbedingte gesellschaftliche Anerkennung, ja sogar Hervorhebung des Karriereweges über die Facharbeit zur Selbständigkeit. Diese Möglichkeiten müssen gefördert werden und rechtzeitig die Entwicklungspotenziale von jungen Menschen über den Fachbereich hinaus, sei es universitäre Ausbildung, sei es in die Selbständigkeit in einem Fachbereich, zu fördern.

Das ist für unsere Wirtschaft entsprechend ein positives Signal. Unsere Wirtschaft wird getragen durch viele, viele kleine Unternehmerinnen und Unternehmer mit kleinen Betrieben. Wenn die Chance von den jungen Menschen wirklich erkannt wird, dann bin ich überzeugt davon, dass also ein ganz anderes Mischverhältnis und ein ganz anderer Zustrom auch in den Facharbeiterbereich kommen würde. Ich bitte das dann in dem Programm auch mit einzuarbeiten. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Lackner-Strauss.

Abg. **Lackner-Strauss:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fachkräfteausbildung ist ein wichtiges Thema, aber ich glaube genau da ist das Land Oberösterreich vorbildlich mit seinem Wirtschaftsressort unter Landesrat Viktor Sigl in Zusammenarbeit mit dem AMS in Oberösterreich. Es wird bereits seit einigen Jahren wirklich verstärkt die Ausbildung von Fachkräften forciert und ich möchte ein paar Projekte aufzählen, die es schon gibt und die schon sehr erfolgreich auf Schiene sind.

Wie schon angesprochen den Firmenausbildungsverband. Das ist eine Gemeinschaftsinitiative vom Land Oberösterreich, der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer für Betriebe, die nicht das gesamte Berufsbild im Lehrberuf anbieten können. Das ist zum Beispiel schon eine Höherqualifizierung der Fachkräfte und da beginnt es schon bei den Lehrlingen. Seit der Gründung haben in diesem Firmenausbildungsverbund seit dem Jahr 2000 8.000 Lehrlinge davon profitiert und es sind jetzt 900 Betriebe, die in diesem Verein Mitglieder sind.

Da gibt es das Projekt "Jugend, Wirtschaft, Zukunft". Das ist für die schwächeren, für die lernschwächeren Jugendlichen. Das ist auch sehr erfolgreich gestartet worden 2004 vom Wirtschaftsressort Oberösterreich und davon haben bis jetzt 300 Jugendliche profitiert, die sonst keinen Arbeitsplatz bekommen hätten.

Das Projekt "Hauptsache Arbeit – Jugend hat Vorrang" ist auch ein sehr wichtiges Projekt für die Jugend und ist auch auf die Initiative vom Wirtschaftslandesrat und vom Wirtschaftsressort gestartet worden. Da haben 455 Personen Arbeitsplätze bekommen und das 70 %. Ich glaube, gerade ein 70%ige Erfolgsquote ist der Beweis dafür, dass die individuelle Bedeutung das Erfolgsrezept ist. Die begleitende Zusatzausbildung und vor allen Dingen gibt es auch den Betrieben die Sicherheit, dass die Lehrlinge wirklich das gesamte Berufsbild lernen und alles abgedeckt ist.

Es gibt für 2007 ein neues Projekt, das heißt "Pakt für Arbeit und Qualifizierung 2007". Im Rahmen dieses Projektes sind wirklich viele verschiedene Fachkräfte, Ausbildungen geplant und zusammengefasst. Da geht es um Jugendliche, da geht es um lernschwächere Jugendliche, um Jugendliche mit Beeinträchtigungen. Da gibt es verschiedene Stiftungen, Implacement-Stiftungen, FEM-Implacement-Stiftungen. In diesem Projekt, in diesem Pakt, werden insgesamt 2.500 Personen zu Fachkräften ausgebildet. Also das ist angedacht und ist ab 2007.

Laut einer aktuellen WIFO-Studie über die Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich investiert gerade das Land Oberösterreich in diesem Bereich im Vergleich zu anderen Bundesländern bedeutend viel mehr als andere Bundesländer.

Es ist ein äußerst wichtiges Thema und ich glaube, es gehört einmal evaluiert, zusammengefasst und wir werden daher inhaltlich zustimmen, aber die Dringlichkeit ablehnen. Danke schön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Es ist schon sehr viel angesprochen worden. Ich fange die gleiche Einleitung an wie beim vorhergehenden Antrag. Es gibt sehr vieles und ich stimme meiner Kollegin Jahn zu, ein umfassendes Programm. Ein Programm, das sich koordinieren lässt. Zum Koordinieren braucht es aber immer mehrere. Die einen, die koordinieren und die anderen, die sich koordinieren lassen. Das ist das, was mir persönlich jetzt aus der Situation von Klein- und Mittelbetrieben auf der einen Seite, aber auch aus der Situation von arbeitssuchenden Menschen auffällt, dass es eine Unzahl an Maßnahmen gibt, sowohl auf Bundesebene als wie auf Landesebene an Unterstützung. Aber eigentlich kommt der Einzelne oder die Einzelne da oft nicht drauf und die Unternehmen fühlen sich da auch oft überfordert und brauchen hier wesentliche Unterstützung und müssen einen Überblick bekommen. Ich glaube, gerade in Ausbildung und Weiterbildung von Menschen ist in den neuen EU-Strategien sehr vieles drinnen, auch wieder sehr verstreut in vielen Programmen. Hier gilt es auch wieder, dieses zusammenzufassen.

Wir haben in der letzten Ausschusssitzung ja beschlossen, einen Unterausschuss mit dem Inhalt die Gründung eines Ausbildungsfonds zu erörtern. Und ich glaube, hier wäre ein wirklich erster wesentlicher Punkt, hier einmal zu schauen, was kann in diesem Unterausschuss alles getan werden und wie können wir die Sozialpartner in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktpolitischen Forum, hier wirklich ein Gesamtpaket, ein übersichtliches Gesamtpa-

ket für die Menschen in Oberösterreich schnüren. Wo sowohl die Arbeitssuchenden profitieren oder die, die sich weiterentwickeln wollen, aber auch gerade Klein- und Mittelbetriebe. Die lauterer, die größeren Betriebe sind immer lauter als die Klein- und Mittelbetriebe, die oft sehr mühsam schauen, wie können sie wirklich gute Lehrlinge bekommen, die auch Chancen haben aufzusteigen, die auch die Möglichkeit haben, wie auch schon angesprochen wurde, in die Selbständigkeit zu kommen. Ich habe schon einmal von dem Beispiel gesprochen von meinem Schwager, der wirklich aufgrund der Situation im Bezirk, im Umfeld und aufgrund öffentlicher Verkehrsverbindungen ganz, ganz schwer Jugendliche bekommt, die eben eine gute Schulbildung haben und auch noch bereit sind, in den Facharbeiterbereich, in den Lehrlingsbereich einzusteigen und in der Nähe sind, weil sonst eben die Zufahrtmöglichkeiten zum Ausbildungsplatz nicht vorhanden sind.

Es gibt in Oberösterreich, und das war ein sehr interessantes Projekt für mich, einen Vorbereitungskurs für Migrantinnen und Migranten, um eine Aufschulung zu bekommen, um in den Pflegebereich einzusteigen. Also, ich glaube, das ist eine wesentliche Maßnahme, die ja Kollegin Jahn schon angesprochen hat. Wir haben ja auch Migrantinnen hier, die einerseits oft Fachausbildungen haben aus den anderen Ländern, die gehören natürlich auch anerkannt. Da geht es noch auf Bundes- und EU-Ebene um die gegenseitige Anerkennung. Und gleichzeitig haben wir Migrantinnen und Migranten, die arbeitswillig sind, die Arbeit suchen, die aber oft andere Voraussetzungen brauchen, um eben in die Facharbeiterausbildung einzusteigen. Also, hier müssen wir wirklich gemeinsam schauen!

Und ich möchte nicht hier die Dringlichkeit als Symbol sehen. Ich glaube, es ist in unserer Verantwortung, hier wirklich zu schauen, wie können wir das Beste als Landtag mit der Regierung gemeinsam entwickeln, um eben hier ein wirklich breites Maßnahmenpaket, das sich sehen lassen kann, zu schnüren. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen. Wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 1092/2007 zustimmen, bitte ich sie ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Ich weise die Beilage dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zu.

Seit der letzten Sitzung sind eine Reihe von schriftlichen Anfragen eingelangt. Ich teile Ihnen mit, dass Fragesteller, Gegenstand, Adresse der Anfrage den Abschriften entnommen werden können, die wir Ihnen heute gemeinsam mit zwischenzeitlich eingelangten Anfragebeantwortungen in einer Sammelmappe auf Ihren Plätzen aufgelegt haben.

Wir kommen damit zur Tagesordnung und beginnen mit den Ersatzwahlen in die Ausschüsse. Aufgrund des Ausscheidens des Herrn Abgeordneten Reinhard Winterauer aus dem Oberösterreichischen Landtag und einer Mitteilung des Klubs der Grünen über Umreichungen, ergeben sich Änderungen in der Zusammensetzung von einzelnen Ausschüssen. Über Vorschlag des Klubs der SPÖ-Landtagsabgeordneten und des Klubs der Grünen, hat die Obmännerkonferenz durch einstimmigen Beschluss entsprechende Wahlvorschläge erstattet. Ich bringe ihnen daraus die Zusammenfassung: Herr Landtagsabgeordneter Ewald Lindinger wird Mitglied im Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten, im Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss, im Ausschuss für EU-Angelegenheiten, im gemischten Ausschuss, und zwar dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung und dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten, im gemischten Ausschuss und zwar im Sozialausschuss und dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten, im gemischten Ausschuss und zwar

im Ausschuss für Umweltangelegenheiten und allgemeine innere Angelegenheiten und Ersatzmitglied im Bauausschuss und im Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten und im gemischten Ausschuss, und zwar dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten und dem Umweltausschuss. Die Frau Abgeordnete Dr. Julia Röper-Kelmayr wird Mitglied im Ausschuss für Frauenangelegenheiten. Der Herr Abgeordnete Ing. Fritz Sulzbacher wird Mitglied im Finanzausschuss und Ersatzmitglied im Kontrollausschuss. Die Frau Landtagsabgeordnete Roswitha Bauer wird Ersatzmitglied im Ausschuss für Verfassung und Verwaltung. Der Herr Abgeordnete Christian Makor-Winkelbauer wird Ersatzmitglied im Ausschuss für Finanzen. Der Herr Klubobmann Gottfried Hirz wird Mitglied und der Herr Landtagsabgeordnete Gunther Trübswasser wird Ersatzmitglied im Ausschuss für Verfassung und Verwaltung. Landtagsabgeordneter Gunther Trübswasser wird Mitglied im Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten, im Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten, im gemischten Ausschuss, und zwar dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten und dem Sozialausschuss und Ersatzmitglied im gemischten Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten und Umweltangelegenheiten. Klubobmann Hirz wird Ersatzmitglied im Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten. Frau Landtagsabgeordnete Ulrike Schwarz wird Mitglied im gemischten Ausschuss, und zwar dem Ausschuss für Umweltangelegenheiten und dem für allgemeine innere Angelegenheiten. Die Frau Abgeordnete Maria Wageneder wird Mitglied im gemischten Ausschuss, und zwar dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten und dem für Umweltangelegenheiten und Ersatzmitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und im Ausschuss für Umweltangelegenheiten. Klubobmann Hirz wird Mitglied und Dritte Landtagspräsidentin Doris Eisenriegler Ersatzmitglied im Geschäftsordnungsausschuss. Die Wahl erfolgt gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung durch Zustimmungserklärung und ich bitte jene Mitglieder des Hohen Hauses, welche den verlesenen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Da stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zu den Ersatzwahlen in den Bundesrat. Ich teile Ihnen mit, dass mir folgende Verzichtserklärungen zugegangen sind. "Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, ich lege hiermit im Sinne des Paragraph 9 Absatz 2 der Landtagsgeschäftsordnung, Landesgesetzblatt Nummer 125 aus 1991 mein Mandat als Mitglied des österreichischen Bundesrates mit Ablauf des 31. Jänner 2007 zurück. Hochachtungsvoll Ewald Lindinger." Der zweite Brief: "Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, ich verzichte mit Ablauf des 31. Jänner 2007 auf meine Ersatzmitgliedschaft im Bundesrat. Hochachtungsvoll Franz Hocegger." Für diese Wahlen wurde der Obmännerkonferenz die Gelegenheit gegeben, einen Wahlvorschlag zu erstatten. Die Obmännerkonferenz hat für diese Wahl keinen Wahlvorschlag erstattet und so ist die Wahl nach diesem Wahlvorschlag der SPÖ geheim und mit Stimmzettel durchzuführen. Der Wahlvorschlag der SPÖ lautet: Mitglied des Bundesrates an achter Stelle Reinhard Winterauer, Ersatzmitglied des Bundesrates an achter Stelle Franz Hocegger. Gemäß Artikel 43 der Oberösterreichischen Landesverfassung können bei dieser Wahl gültige Stimmen nur von den Abgeordneten abgegeben werden, die der Partei der das zu wählende Bundesratsmandat zukommt, angehören. Ich bitte die Mitglieder der SPÖ-Fraktion sich in der alphabetischen Reihenfolge, in der sie nun aufgerufen werden, zur Wahlzelle zu begeben. Dort wird Ihnen ein Wahlkuvert und ein Stimmzettel ausgehändigt. Ich bitte Sie, den Stimmzettel in der Wahlzelle auszufüllen, und zwar so, dass sie durch Einsetzen eines liegenden Kreuzes in den vorgedruckten Kreis bei Ja oder Nein Ihre Zustimmung oder Ablehnung zum Wahlvorschlag zum Ausdruck bringen. Den Stimmzettel bitte ich in den Umschlag zu geben und sodann in die Urne neben der Wahlzelle zu legen – hier vorne. Ich stelle fest, dass die Wahlurne leer ist. Ich bitte Sie, sich davon zu überzeugen.

Ich bitte den Schriftführer, den Herrn Abgeordneten Bernhofer die Abgeordneten der SPÖ-Fraktion namentlich aufzurufen.

Abg. **Bernhofer:** Johann Affenzeller, Roswitha Bauer, Magistra Jasmin Chansri, Josef Eidenberger, Dr. Karl Fraiss, Mag. Gertraud Jahn, Helmut Kapeller, Hermine Kraller, Ewald Lindinger, Vera Lischka, Christian Makor-Winkelbauer, Mario Mühlböck, Ing. Josef Öller, Gisela Peutlberger-Naderer, Erich Pilsner, Rudolf Prinz, Dr. Julia Röper-Kelmayr, Arnold Schenner, Dr. Cordula Schmidt, Gertrude Schreiberhuber, Ing. Fritz Sulzbacher und Gerda Weichsler.

Erste Präsidentin: Danke. Es haben alle im Haus anwesenden Mitglieder der SPÖ-Fraktion ihre Stimme abgegeben. Ich bitte nun den Herrn Schriftführer, die Frau Zweite Präsidentin Gerda Weichsler und den Herr Landtagsdirektor mit mir diese Stimmen auszuzählen. (Die von den Abgeordneten abgegebenen Stimmen werden den Wahlkuverts entnommen und unter Aufsicht der Ersten Präsidentin gezählt.)

Danke vielmals. Das Wahlergebnis lautet: Abgegebene Stimmen 22, davon sind alle zustimmend. Ich stelle also fest, dass einstimmig der Wahlvorschlag angenommen wurde. Herr Reinhard Winterauer als Mitglied des Bundesrates (Beifall) und Franz Hochegger als Ersatzmitglied sind gewählt. (Beifall)

Wir verhandeln jetzt die Verhandlungsgegenstände. Wir beginnen mit der Beilage 1083/2007. Das ist der Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend die Informations-Kampagne zum Thema "Lokale Agenda 21". Herr Abgeordneter Steinkogler wird über die Beilage berichten.

Abg. **Steinkogler:** Berichts des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend die Informations-Kampagne zum Thema "Lokale Agenda 21". (Liest auszugsweise Motivenbericht zur Beilage 1083/2007.)

Der Ausschuss für Umweltangelegenheiten beantragt, der Hohe Landtag möge für die Durchführung der Informations-Kampagne zur "Lokale Agenda 21" aus dem Budget der Oö. Akademie für Umwelt und Natur in den Jahren 2006 bis 2009 insgesamt 360.000 Euro, die sich auf einen jährlichen Betrag von 90.000 Euro inklusive allfälliger Steuern und Abgaben aufteilen, genehmigen.

Erste Präsidentin: Bedanke mich beim Herrn Berichterstatter, eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Steinkogler dazu das Wort.

Abg. **Steinkogler:** Frau Präsidentin, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um was geht es bei der Lokalen Agenda 21? Im Jahr 1992 wurde in Rio am UN-Erdgipfel die sogenannte Agenda 21 Kapitel 28 beschlossen, in der es heißt: Jede Gemeinde soll mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen und der Wirtschaft in einen Dialog eintreten und eine Lokale Agenda 21, ein Leitbild für eine nachhaltige Entwicklung, beschließen und umsetzen. Dieser Umsetzungsplan Artikel 149 wurde am UN-Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg 2002 initiiert. Auch die EU hat die Nachhaltigkeitsstrategie 2000 und 2006 festgelegt. Und auch Österreich hat die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie 2003 beschlossen. Und in dieser gemeinsamen Erklärung zur Lokalen Agenda 21 wurden folgende Ziele formuliert: Im Jahr 2003 150 Lokale-Agenda-21-Prozesse, das sind 6 Prozent, im Jahr 2006 260 Lokale-Agenda-21-Prozesse, das sind 8 Prozent, das Ziel ist im Jahr 2010 600 Agenda-Prozesse, das sind 25 Prozent. Wenn man schaut, sind wir sehr gut im Plan, auch in Oberösterreich sind wir nicht untätig gewesen, sondern es ist sehr viel geschehen.

Im Jahr 1995 wurde erstmals das oberösterreichische Landesumweltprogramm beschlossen, 1997 bereits das Konzept für die Lokale Agenda 21 durch Landesrat Dr. Aichinger ins Leben gerufen. Gestartet wurde die Aktion Lokale Agenda 21 "Lebensraum mit Zukunft" von Landesrätin Haubner im Jahr 1998, und bereits 1999 sind zwei Pilotgemeinden aktiv geworden, nämlich Schlägl und Wilhering. 2005 wurde das 100-Gemeinden-Programm zur Lokalen Agenda 21 in Oberösterreich unter Landesrat Rudi Anschober initiiert, und bereits 2006 wurde die Lokale-Agenda-21-Aktion in Oberösterreich evaluiert durch die Uni in Linz, wo sehr interessante und sehr positive Ergebnisse zu Tage gefördert wurden. Ziel der PR-Kampagne zur Lokalen Agenda 21 ist die pr-mäßige Basisausstattung der Aktion Lokale Agenda 21 in Oberösterreich. Ziel ist es auch, um die Begriffe wie Nachhaltigkeit und Agenda 21 für die lokalen und regionalen Zielgruppen verständlich zu machen und um neue Gemeinden zum Mitmachen zu gewinnen und für spezielle Info-Tools zur Verbesserung der Unterstützung der lokalen und regionalen Akteurinnen und Akteure in ihren Umsetzungsaktivitäten zu unterstützen. Ich glaube, deshalb ist es ein sehr wichtiges, richtiges und sinnvolles Programm, und wir bitten deshalb auch um die Zustimmung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke vielmals. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Ich darf mich zum dritten Mal heute melden und möchte da noch einige Aspekte aus der praktischen Erfahrung mit Agenda Prozessen einbringen. Was bedeutet es für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wenn ein Agenda-Prozess gestartet wird in einer Gemeinde? Eine große Herausforderung für uns immer, um hier wirklich aktiv die Bürgerinnen und Bürger einzubinden, auf diese zuzugehen und Ideen, die dort geboren werden, auch umzusetzen. Wir haben ja beim Unterausschuss und beim Ausschuss sehr eingehend diskutiert, was ist Agenda. Eindeutig ist heraus gekommen, Nachhaltigkeit spürbar und erlebbar zu machen. Ich glaube, hier sieht man, dass Nachhaltigkeit nicht heißt, etwas dauert hundert Jahre, sondern Nachhaltigkeit heißt, dass das, was geschaffen wird, den Bestimmungen, den Zielen entspricht und auf die Dauer fortbesteht für die diese Inhalte wichtig sind.

Am Beispiel des Geschäfts in Eidenberg sieht man ganz deutlich, dass es nicht darum geht, dass das Geschäft jetzt tagtäglich hundert Jahre offen ist und dass es auch nicht getan ist, dass Bürgerinnen und Bürgern sagen, wir brauchen einen Nahversorger. Hier ist etwas entstanden, wo die Gemeinde, der Gemeinderat und auch die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam diese Idee in Umsetzung gebracht haben. Hier die Vernetzung, die Identifikation mit diesem Projekt, wenn die Bürgerinnen und Bürger mitgearbeitet haben, eine viel größere ist aber auch eine Bindung der einzelnen Menschen an die Politik in der Gemeinde. Es wird oft so von der Distanz erlebt, wir haben ein Problem, der Gemeinderat soll es machen, wenn es die Gemeinde oder der Bürgermeister nicht machen, dann jammern wir und gehen zum Land. Ich glaube, gerade mit diesen Agenda-Prozessen wird einiges bewegt, um wirklich auch die Menschen von der Politik nicht fernzuhalten, sondern sie einzuladen, die Politik mitzugestalten.

Was will nun diese Informationskampagne? Nämlich genau diese Menschen, die sich bereit erklärt haben mitzugestalten, die zu unterstützen, zu vernetzen, damit sich diese austauschen können, die Erfahrungen einbringen können, um nicht immer wieder das Rad von vorne erfinden zu müssen. Dieser Wunsch an verstärkter Vernetzung, an Betreuung, an Begleitung der Tätigen aber auch Einbindung der neuen Gemeinden, die das machen wollen, war ein wesentlicher Beitrag aus der Evaluierung. Alle die Aktiven haben gesagt, ja, wir wollen mehr Unterstützung haben, weil dann können wir langfristig auch dabei bleiben, und wir werden nicht mehr oder minder verschaukelt oder von der Politik verheizt, damit wir hier schnell etwas machen und dann werden wir wieder abgeschoben, und die Politik macht wieder alles

ohne uns. Als Gemeinderat wäre es oft leichter die Bevölkerung nicht so intensiv einzubinden, dann würden wir uns viele Diskussionen ersparen, aber ich glaube, für die Qualität der politischen Arbeit sind genau diese Prozesse eine wichtige Bereicherung. Darum freue ich mich und ersuche nochmals alle Parteien hier bei dieser Informationskampagne, für diese Vernetzung, für diese Unterstützung für die Aktiven, die Zustimmung zu geben, damit wir hier gemeinsam wieder einen Schritt für mehr Bürger- und Bürgerinnennähe in der Politik setzen können. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Präsidentin Weichsler.

Abg. Präsidentin Weichsler: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Der Lokale Agenda-Prozess ist ja wie wir schon gehört haben, einer, der schon wirklich sehr, sehr lange läuft. Ich kann mich erinnern, damals, ich darf jetzt den Herrn Landesrat Aichinger damals in seiner Funktion als Landesrat erwähnen, diese von ihm initiiert wurde in einem ersten Prozess, dann durch die Kollegin Haubner weiter getragen worden ist. Heute geht es darum, diesen Beschluss zu fassen, den wir ja im Finanzausschuss, im Dezember ja nicht gemeinsam beschließen haben können, weil wir gemeinsam gesagt haben, wir wollen nähere Informationen dazu haben. Was soll mit dieser Werbekampagne, die doch einen erheblichen Betrag über die nächsten Jahre aus unserem Budget auch bindet, bezweckt werden? Darüber hinaus habe ich das dort auch gesagt, wir erleben halt beim Kollegen Anschober ab und zu, dass er uns alles im letzten Moment herschmeißt und dann sofort eine Zustimmung haben möchte. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Geh, geh, monatelang haben wir das behandelt!") Du hast es schon ab und zu gemacht, Rudi, das können wir nachvollziehen, aber ich bedanke mich bei dir, dass die Möglichkeit für uns gewesen ist, dass wir das entsprechend auch korrekt in einem Unterausschuss abarbeiten und behandeln haben können.

Die Zustimmung gibt es dazu. Ich möchte nur einige Punkte noch mit anschließen zu dem, was im Vorfeld gesagt worden ist. Kollegin Schwarz hat erwähnt, diese Einbindung der Gemeindebürgerinnen und -bürger in einen Prozess in ihrer Gemeinde, das ist ein wesentlicher Bestandteil auch für uns der direkten und aktiven Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Ich gebe aber schon immer wieder eines zu bedenken, weil ich das auch bei diesen Lokalen Agenda-Prozessen kenne und auch immer wieder konfrontiert werde, auch wenn der Gemeinderat zur Gänze zustimmen muss und entsprechend dabei sein muss, gibt es doch immer wieder Selektionsmöglichkeiten auch dort, welche Bürgerinnen und Bürger tatsächlich mit dabei sein können. Ich nenne jetzt, ohne dass ich jetzt konkret ein Beispiel annehmen möchte, zum Beispiel wirklich nur zwei oder drei Namen, wo ich sage, dass passiert immer häufiger, die Alpenvereinsjugend, um das jetzt auf dieser Basis nur als reines Beispiel zu lassen, selbstverständlich eingebunden wird, Naturfreundejugend muss hineinreklamiert werden oder muss darauf aufmerksam gemacht werden usw. Da erwarten wir uns und würde ich dich bitten, Herr Landesrat, dass es klare Direktiven gibt, wie auch dieser Prozess der Einladung und wie sich wer daran beteiligen kann, also tatsächlich auch miteingebunden wird, auch tatsächlich umgesetzt wird. Ich glaube, das hat auch mit Nachhaltigkeit zu tun, wenn wir in diesen Agenda-Prozessen schon das Thema Nachhaltigkeit entsprechend haben.

Für mich gibt es auch noch eines dazu, das habe ich auch dazu gesagt, ich wünsche mir auch, dass in diesen Prozessen und diesen Zusammensetzungen auch als Frauenvertreterin der Gender-Aspekt und der Gender-Prozess mitintegriert ist, um hier auch besonders die Teilnahme für die Frauen zu ermöglichen.

Eines, was ich auch ganz gerne oder auch noch gerne ansprechen möchte, weil es natürlich auch aus dem heraus, aus diesem Prozess eigentlich Erwartungen gibt, da ist jetzt etwas in Gang gesetzt worden, jetzt hätten wir eigentlich ein Projekt da, das in diesem Lokalen Agenda-Prozess oder aus diesem heraus nicht finanziert wird, sondern es sind Prozesse, dass dann ab und zu die Enttäuschung vorherrscht, warum denn jetzt aus diesem Prozess, das Projekt nicht wirklich so schnell umgesetzt werden kann oder es überhaupt nicht dazukommt. Ich glaube, da sollten wir einfach keine falschen Hoffnungen wecken bei den Bürgerinnen und Bürgern, dass es hier mit diesem Prozess möglich ist, unser Budget hat trotzdem nur diesen Rahmen, für die weiteren Entwicklungen kann man ja zu anderen Landesräten gehen, wo dann ab und zu vielleicht das große Erwachen kommt, dass es gerade für diese Möglichkeit oder für dieses Projekt dann nicht wirklich Umsetzungshilfen gibt, nämlich finanzielle Umsetzungshilfen. Darum glaube ich, dass das sehr gut und wichtig ist, sehr gut zu verzahnen, dass der Gemeinderat, die Bürgerinnen usw. also wirklich gemeinsam arbeiten, um dann nicht Enttäuschungen aus diesen Prozessen herbeizuführen. In dem Sinn noch einmal danke für das alles, was wir an Unterlagen gekriegt haben und unsere Zustimmung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Dankeschön. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stehen zu 100 Prozent hinter den Aktivitäten und der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Umweltakademie. Wir stehen auch zu 100 Prozent hinter dem Prozess Agenda 21 und sagen 100 Prozent Ja zur Fortführung, Weiterentwicklung und Optimierung dieser Agenda 21. Wir sagen 100 Prozent Ja zur Nachhaltigkeit der Politik im ländlichen Raum, die damit umgesetzt werden soll, wir wissen ja auch, die Geschichte, die Entwicklung dieser Agenda 21, die parteienübergreifend über Landesrat Aichinger, Haubner, Steinkellner bis zu Anschober reicht und diese Agenda 21 hier immer in sehr guten Händen war. Wo wir aber von Anfang an Bedenken hatten und wo sich an unserem Nein nichts ändern wird, ist einfach die grundsätzliche Zustimmung zu einer dreijährigen Budgetierung einer Öffentlichkeitsarbeit, Werbekampagne oder wie auch immer man es bezeichnen will, die personenbezogen ist. Die Mehrjährigkeit der Budgetierung ist ein Problem insgesamt der Budgethoheit des Landtags, daher wollen wir und haben wir uns entschlossen, hier auf die Bremse zu steigen und hier die Nachahmung einmal sozusagen als Problem in den Raum zu stellen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Deswegen sind wir ja da im Landtag!") Es ist also die Mehrjährigkeit dieser Werbekampagne, die beschlossen werden soll und die uns nicht gefällt, daher werden wir diesem Antrag, dieser dreijährigen Genehmigung der Budgetierung für die Informationskampagne, Öffentlichkeitsarbeit oder wie immer man es dann personenbezogen bezeichnen kann, ablehnen. Ich meine auch, wenn man weiß, wie Landesrat Anschober agiert, dann braucht man ja keine Sorgen haben, dass seine Öffentlichkeitsarbeit zu gering wäre oder zu kurz kommt usw. Ich glaube, er ist hier nicht schlecht unterwegs, ich glaube, es macht nicht sehr viel Sinn, hier in einer Dreijährigkeit, die auch wieder Richtung Wahl geht, hier in einer Dreijährigkeit sozusagen die finanziellen Bemühungen zu stellen oder die finanziellen Grundlagen zu stellen, um seine Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren. Er kann es ja selber auch ganz gut. Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Landesrat Anschober, bitte.

Landesrat **Anschober:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das jetzt sehr geschätzt, Herr Doktor, dass Sie gesagt haben, er kann es eh ganz gut, da braucht man sich keine Sorgen machen, das war eine gute Zusammenfassung, danke. Nur, wichtig sind mir schon zwei Hinweise, ausdrücklich haben wir festgestellt, dass dies keine Werbekampagne, sondern eine Informationsarbeit

ist, die nicht personenbezogen ist, das ist ein großer Unterschied. Zweitens sind wir ja genau wegen der Mehrjährigkeit im Haus, um die Beschlussfassung und Diskussion durchzuführen, sonst wäre das ja nicht notwendig, wenn es eine einjährige Maßnahme und Regelung wäre.

Jetzt bin ich beim Begriff Nachhaltigkeit, ich glaube schon, dass es Sinn macht, gerade dann, wenn es um Informationsarbeit geht, nicht nur punktuell etwas zu bewegen, sondern nachhaltig am Transport dieses Bewusstseins und an der Förderung dieses Bewusstseins zu arbeiten. Worum geht es bei Nachhaltigkeit und Lokale Agenda? Das sind so Begriffe, wo sich sehr viele schwer tun, darunter wirklich was zu verstehen, was damit gemeint ist und was die Bedeutung ist und was bisher neben einem einheitlichen Auftritt, was ja in vielen Bereichen eine Selbstverständlichkeit ist, mittlerweile eine Hauptaufgabe dieser Informationskampagne ist zu versuchen, diese etwas sperrigen Begriffe, ich gebe es schon zu, ich bin auch nicht der Erfinder davon, es wurde ja eh schon gesagt, zu übersetzen und zu transportieren und damit auch Verständnis und Bewusstsein zu schaffen, damit noch mehr Bürgerinnen und Bürger sich an diesen Prozessen beteiligen können.

Ausgangspunkt für die Bemühungen für eine nachhaltige Entwicklung war ja der so genannte Brundtlandbericht der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1987. Damals wurde sehr kritisches festgestellt, vor mittlerweile 20 Jahren, manchmal sollten auch wir, denke ich, alle miteinander kritisch überlegen, was sich in diesen 20 Jahren in eine positive Richtung bewegt hat, Zitat aus dem Bericht, aus dem Brundtlandbericht: "Mögen die Bilanzen unserer Generationen noch Gewinne aufweisen, die wirtschaftlichen Bilanzen, unseren Kindern werden wir die Verluste hinterlassen, ohne Absicht und Aussicht auf Rückzahlung borgen wir heute von künftigen Generationen unser Umweltkapital." Ende dieses Zitates. Damit sind Ressourcen gemeint, damit ist der Umgang mit diesem Planeten gemeint, Stichwort Klimaveränderung als ein Beispiel, das besonders dramatisch ist und sich besonders dramatisch zugespitzt hat in den letzten Wochen und Monaten und Jahren. Dann setzt der Brundtlandbericht genau dieser generellen Kritik das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Noch ein Zitat aus diesem Brundtlandbericht, weil es eben die Ausgangssituation der nachhaltigen Bewegung und der Lokalen Agenda 21 war: "Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Bedürfnisse der künftigen Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil wählen zu können." Das heißt, Wahlfreiheit auch für die nächsten Generationen, wie sie leben wollen, auf welche Art sie leben wollen und ähnliche Grundvoraussetzungen in der Substanz, das heißt, die Forderung, diese Entwicklung dauerhaft zu gestalten, nicht in einer Generation den Planeten, ich sage es jetzt überspitzt, zu plündern, sondern auch für die nächsten Generationen eine Handlungsmöglichkeit und intakte Lebenschancen zu erhalten. Das ist ja, denke ich, vom Konsens die allgemeine Position in diesem Haus. Die Frage ist, wird überall im Bereich dieser Lokalen Agenda-Entwicklung 100prozentig so umgesetzt? Ich war sehr froh über manche Anregungen, wie ich es verstanden habe, im Unterausschuss und im Ausschuss, die wir sehr gerne mitnehmen. Ich habe das Gefühl gehabt, die Unterausschuss- und die Ausschussdebatte war eine sehr positive und gekennzeichnet von einem gemeinsamen Willen, dieses Projekt weiter noch effizienter zu gestalten und weiter zu verbessern und weiter auch zu verbreiten und noch umfassender umzusetzen.

Es geht aber nicht nur um Umwelt im engeren Sinn, das ist ganz, ganz wichtig bei einer nachhaltigen Entwicklung, sondern es geht um ein vernetztes Denken zwischen Umwelt, wirtschaftlichen Überlegungen, einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zwischen kulturellen, kulturpolitischen Fragen, ganz wesentlich auch sozialpolitischen Fragen. Was die Frau Präsidentin angezogen hat, ich halte das für ganz wichtig, auch frauenpolitische Überlegungen in einer regionalen Entwicklung und regionalen Leitlinien, die definiert werden, mit als

zentrale Säule zu integrieren. Das schreibt uns eigentlich unsere Landesverfassung vor, die schreibt uns vor, was wir überall öffentlich definieren, deswegen müssen wir es auch leben, auch gerade in derartigen Zukunftsentwicklungen und nachhaltigen Entwicklungsprozessen. Kollegin Schwarz hat eine Gemeinde und ihre Projekte hier dargestellt. Für mich ist ein ganz tolles Beispiel eine andere Region, nämlich die Region der Mühlviertler Alm, die beispielhaft für viele andere Prozesse steht. Eine Region, die lange Zeit hindurch Abwanderung erlebt hat. Die Bestausgebildeten sind weggegangen aus den Dörfern, aus den Orten. Und was das heißt mittelfristig für die Ausdünnung, für sich verschlechternde Dynamiken, ist uns, glaube ich, allen klar.

Wir haben vor einem Jahr etwa die Frage der Attraktivierung des ländlichen Raums hier herinnen diskutiert. Und eine Attraktivierung des ländlichen Raums erreichen wir nur, wenn gerade die gut Ausgebildeten in der Region bleiben und positive Zukunftsvisionen haben in einer Region. Und die Mühlviertler Alm ist ein wunderbares Beispiel wie das funktionieren kann. Genau das hat dort gegriffen. Man hat sich zusammengesetzt, hat alle integriert, die sich integrieren wollten, die einen Input liefern wollten, gleichgültig, ob die in einem Verein drinnen sind, ob die in einer Gemeinderatsfraktion sind, sondern da wurde Know-how dankend aufgenommen, von jedem Bürger und von jeder Bürgerin. Das war Ermutigung für jede und für jeden, sich zu beteiligen.

Und gerade wenn ich mir das Gender-Projekt in der Region anschau, ich weiß nicht, ob es so selbstverständlich gewesen wäre, dass es dazu gekommen wäre, wenn dieser Prozess nicht existiert hätte. Das sage ich einmal jetzt ganz diplomatisch und vorsichtig. Und wenn ich da erlebe, dass Menschen mit einem völlig unterschiedlichen Weltbild eigentlich, von ihrer Ausgangssituation sich dann mit Gender-Thematik beschäftigen, dann ist das eine faszinierende Situation. Und genau das müssen wir erreichen, dass wir Thematiken, die noch nicht selbstverständlich sind in der ganz breiten Bevölkerung, dass wir die auch zu denen transportieren und mit denen in einen Dialog kommen, die wir noch überzeugen müssen in manchen Bereichen und in manchen Fällen. Gerade dazu ist dieser lokale Agenda-Prozess auch eine riesige Chance.

Wir haben mittlerweile 76 Gemeinden. Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, hundert Gemeinden bis zum Jahr 2010 in diesen Prozess zu integrieren. Ich hoffe sehr, dass das gelingt, denn es ist mit sehr viel Arbeit verbunden, mit sehr viel Mühe. Es ist nicht so, dass wir die Gemeinden auswählen, die mitmachen dürfen, sondern wir sind froh, wenn sich die Gemeinden beteiligen und sich engagieren. Wenn wir dieses Ziel erreichen, dann sind wir ungefähr bei einem Viertel angelangt, damit beim bundesweiten Ziel in etwa angelangt. Ich hoffe sehr, dass das gelingt. Und diese Informationskampagne soll Unterstützung bringen, soll ermutigen, soll ermuntern, soll Verständnis schaffen und soll die Chancen aufzeigen, die damit verbunden sind. Und, Herr Kollege Dr. Brunmair, es wird nicht so gehandhabt werden, wie man es vielleicht in der Vergangenheit aus dem einen oder anderen Ministerium auf Bundesebene gewöhnt war. Dankeschön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke sehr. Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schliesse die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1083/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir kommen zur Beilage 1089/2007, das ist der Initiativantrag betreffend die Zählregel in Omnibussen. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Dr. Brunmair zu berichten.

Abg. Dr. Brunmair: Beilage 1089/2007, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Zählregel in Omnibussen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1089/2007.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Resolution: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu unternehmen, dass die Bundesregierung

1. eine Novelle des Kraffahrgesetzes 1967 in die Wege leitet. Diese hat sich auf die Zählregel beim Personentransport in Omnibussen zu beziehen und vorzusehen, dass künftig auch Kinder unter 14 Jahren als eine (1) Person zu zählen sind.
2. jene finanziellen Vorkehrungen trifft, die erforderlich sind, um diese Sicherheitsmaßnahme rasch umsetzen zu können.

Erste Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich lasse daher über den Antrag zur Beilage 1089/2007 abstimmen. Wenn Sie ihm beitreten, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 1090/2007, das ist der Initiativantrag betreffend Wiederherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Post-Briefkästen in Oberösterreich. Ich bitte dazu den Herrn Abgeordneten Pilsner zu berichten.

Abg. Pilsner: Beilage 1090/2007, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Wiederherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Post-Briefkästen in Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1090/2007.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Resolution: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung als Vertreterin des öffentlichen Mehrheitseigentums an der Österreichischen Post AG mit dem Ersuchen heranzutreten, umgehend für die Wiederherstellung der kundenbedarfsgerechten flächendeckenden Versorgung mit Post-Briefkästen in Oberösterreich einzutreten und diese durch eine Novellierung des Postgesetzes beziehungsweise der Post-Universaldienstverordnung nachhaltig abzusichern.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Damen und Herren des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1090/2007 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Auch hier stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Ich habe Ihnen noch einige Mitteilungen zu machen. Es sind im Laufe der Sitzung folgende Anträge eingelangt, die ich Ausschüssen zuweisen werde. Und zwar die Beilage 1093/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend die Hepatitis-A- und B-Impfung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Diese Beilage wird dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zugewiesen.

Die Beilage 1094/2007, das ist der Initiativantrag betreffend die Möglichkeit der Nutzung von freistehenden Räumlichkeiten in der Landes-Frauen- und Kinderklinik Linz und die Beilage 1096/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend einen Grundsatzbeschluss der Landeshauptleute-Konferenz für eine Übernahme von frei werdenden Anteilen der Österreichischen Nati-

onalbank durch die Bundesländer. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1095/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend die Kürzung der Parteienförderung bei Nichteinhaltung von Wahlversprechen. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1097/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend einen Seniorenpass, die Beilage 1098/2007, ein Initiativantrag betreffend Kosten für Kurzzeitpflege. Beide Beilagen weise ich dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu.

Die Beilage 1099/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend die Förderung von Unternehmen beim Kauf von schadstoffarmen Lastkraftwagen. Diese Beilage wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1100/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend Vorfinanzierung des Linzer Westrings durch das Land Oberösterreich. Diese Beilage erhält der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung.

Und die Beilage 1101/2007, das ist ein Initiativantrag betreffend die Maßnahmen zur Gründung einer medizinischen Universität. Diese Beilage erhält der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung.

Das war die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung. Sie ist abgearbeitet und erschöpft. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 12:09 Uhr)